



Bauarbeiten an der Berliner Mauer in der Bernauer Straße im Jahr 1961

UNITED ARCHIVES/KINDERMANN/IMAGO

Tante Hertha wohnte in Charlottenburg. Ich besuchte sie gern. Sie hatte Sachen, die wir nicht hatten. Einen Fernseher, ein Auto, Bananen und Schokolade ohne Limit. Und sie besaß eine Zither, die sie immer vom Schrank holte, wenn ich bei ihr war. Tante Hertha erkannte meine Zuneigung zum Zupfbrett und versprach: „Beim nächsten Besuch nimmst du die Zither mit.“

Der nächste Besuch fiel aus. Er fiel auf den 13. August 1961.

Von einer Stadthälfte in die andere zu wechseln, zu Fuß oder für 20 Pfennige mit der S- oder U-Bahn, war plötzlich nicht mehr möglich. Was, wie ich in der Nachbarschaft vernahm, von einigen mit einer gewissen Häme begrüßt wurde. Denn es gab nicht wenige, die im Westteil Berlins arbeiteten und in den Wechselstuben ihren Lohn vervielfachten. Von dem lebten sie im Osten überdurchschnittlich gut. Das sorgte bei denen für Unmut, die täglich in den volkseigenen Betrieben ihr Tagwerk für ein bescheidenes Einkommen verrichteten.

Der Missmut wohnte nunmehr bei jenen, die ab sofort nicht mehr zu ihren Arbeitsstellen im Westen gelangten. Bis dahin hatten nicht wenige es vorgezogen, ihren Wohnsitz von Ost nach West zu verlegen, weil sie sich dort ein besseres Leben erwarteten. Oder/und weil sie in der Nähe ihrer Verwandten leben wollten; Krieg und Nachkrieg hatten sehr viele Familien getrennt. An die zwei Millionen Menschen wechselten in den fünfziger Jahren die Seiten, die wenigsten taten dies aus politischen Gründen. Drei Viertel waren über Westberlin in den Westen gegangen. Das ging nun nicht mehr.

Im Bundesarchiv in der Finckensteinallee in Lichterfelde studierte ich später die handschriftlichen Aufzeichnungen von SED-Chef Walter Ulbricht über das entscheidende Gespräch mit dem sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow Anfang August 1961 in Moskau. Es gab einige Blätter mit Stichworten, die WU mit seiner breitlaufenden Schrift zu Papier gebracht hatte. Es war darin von „administrativen Maßnahmen“ die Rede. Das Wort „Mauer“ fand ich nicht.

Neunzehn Seiten Geschichte

Der Historiker Manfred Uhl publizierte 2009 das neunzehn Seiten umfassende Protokoll jenes Treffens, das er im russischen Präsidentenarchiv gefunden hatte. Valentin Koptelzew hatte die Unterredung am 1. August 1961 aufgezeichnet, sie dauerte von 15.40 bis 18 Uhr. Uhls Veröffentlichung rauschte nur kurzzeitig durch den deutschen Blätterwald: „Die Initiative (für den Mauerbau) war von Chruschtschow ausgegangen“ (Spiegel), „Chruschtschow befahl den Mauerbau“ (B.Z.) In einem Gespräch mit dem Moskauer BRD-Botschafter Hans Kroll am 9. November 1961 bestätigte Chruschtschow dies: „Ich möchte Ihnen auch nicht verhehlen, dass ich es gewesen bin, der letzten Endes den Befehl dazu gegeben habe.“

Uhls Entdeckungen führten zu keiner Korrektur des Narrativs. Ulbricht blieb der Mauerbauer und Spalter.

Ulbrichts Dolmetscher Werner Eberlein bestätigte mir, dass Chruschtschow damals

im Gespräch Vorschläge gemacht habe, auf die Ulbricht aufgebracht reagiert hätte. Man könne doch nicht rund um Westberlin eine Mauer errichten, soll er ihm entgegengehalten haben. In Ulbrichts Aufzeichnungen hatte ich gelesen, dass man auf achtzig Kilometer Draht ziehen solle, die Hälfte der Grenze ohne Draht. „2. Einwohner DDR verbieten, ohne Genehmigung Westberlin aufzusuchen“, stand dort. „Alle Fußgänger, alle Passagen, alle Bahnen am Übergangskontrollpunkt kontrollieren. S-Bahn an Grenzstationen Kontrolle aller Reisenden. Alle müssen aus Zug nach Westberlin aussteigen, außer den Westberlinern.“

Gerald Götting, seinerzeit Generalsekretär der DDR-CDU und Stellvertretender Staatsratsvorsitzender, erzählte mir die Geschichte, wie er sie erlebt hatte. Er sei via Paris aus Lambaréne in Gabun zurückgekehrt, wo er dem Urwaldarzt und Friedensnobelpreisträger Albert Schweitzer die Ehrendoktorwürde der Humboldt-Universität und einen persönlichen Brief Ulbrichts übergeben hatte. Auf der Autofahrt von Schönefeld zur Sitzung des Staatsrates hatte er in den Zeitungen gelesen, dass er, Götting, im Namen der CDU den Maßnahmen am 13. August zugestimmt habe. Nach der Sitzung sprach er Ulbricht darauf an. Er sei doch gar nicht im Lande gewesen. „Wie konnte ich da zustimmen?“ Darauf Ulbricht: „Und, hätten Sie etwa nicht zugestimmt?“ Ja, doch, selbstverständlich. „Na sehen Sie, dann ist doch alles in Ordnung.“ Sodann habe Ulbricht gebeten, ihn im CDU-Wagen mitzunehmen, weil sein Fahrer noch nicht vorgefahren war.

Da habe ihm der Chruschtschow was eingebrockt, soll Ulbricht den Dialog während der Autofahrt begonnen haben. Er habe mit Nikita Sergejewitsch vor der Sitzung der politischen Führer des sozialistischen Lagers – auch Vertreter Chinas, Koreas, der Mongolei, selbst Ho Chi Minh aus Vietnam waren ange- riefen –, unter vier Augen darüber gesprochen, wie man das weitere Ausbluten der DDR stoppen könne. Und dann habe Chruschtschow in der Runde der Staats- und Partei-

Als Tante Hertha vergeblich wartete

Vor 65 Jahren wurde die Berliner Mauer gebaut. Viele Familien wurden auseinandergerissen. Welche Rolle spielte damals der sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow?

FRANK SCHUMANN

THE OPEN-SOURCE-INITIATIVE



Das ist ein Beitrag, der aus unserer Open-Source-Initiative entstanden ist. Mit Open Source gibt die Berliner Zeitung freien Autorinnen und Autoren sowie allen Interessierten die Möglichkeit, Texte mit inhaltlicher Relevanz und professionellen Qualitätsstandards anzubieten. Ausgewählte Beiträge werden veröffentlicht und honoriert.

chefs plötzlich erklärt, er, Ulbricht, habe ihm soeben vorgeschlagen, um Westberlin eine Mauer zu ziehen. Nein, das hatte er nicht. Aber hätte er Chruschtschow vor allen widersprechen sollen?

Die DDR befand sich ökonomisch in einer sehr schweren Lage. 1960 hatte sie wieder 200.000 zumeist qualifizierte Bürger verloren. Ohne die Hilfe der Sowjetunion werde das Land das Jahr 1961 wirtschaftlich nicht überleben, so Ulbricht am 18. Januar 1961 im Politbüro. In einem Brief an die Moskauer Führung wies er anderntags darauf hin, dass einerseits zugesagte Lieferungen aus der Sowjetunion nicht kämen, andererseits For-

derungen von dort stiegen. Die DDR bleibe unter diesen Umständen „weit hinter dem zur Zeit in Westdeutschland erreichten Tempo der Produktionssteigerung“ zurück, so Ulbricht. „Der Abstand zum Lebensstandard Westdeutschlands wird weiterhin groß sein.“ Das bedeutete: noch mehr Wirtschaftsflüchtlinge. „Westdeutschland erhöhte die Löhne im Jahr 1960 um ca. neun Prozent und führt die Fünf-Tage- bzw. 40-Stunden-Woche ein. Wir haben keine Voraussetzungen für Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen.“

Ulbricht bat darum, dass die 800 Millionen DM Außenstände gegenüber der Sowjetunion in einen Kredit umgewandelt würden, der ab 1966 getilgt werden sollte. Die Gründe für die wirtschaftliche Schieflage nannte Ulbricht auch: „Während wir in den ersten zehn Jahren nach Ende des Krieges Reparationen durch Entnahmen aus Produktionsanlagen und der laufenden Produktion aufbrachten und große Mittel aufwendeten, um die Produktion der Wismut (das war die Förderung von Uran-Erz in der DDR für die Herstellung sowjetischer Nuklearwaffen – F. S.) in Gang zu setzen und zu unterhalten, erhielt Westdeutschland schon wenige Jahre nach Kriegsschluss finanzielle Zuschüsse der USA von vielen Milliarden DM. Wir haben aber alle Leistungen der Wiedergutmachung für politisch richtig und notwendig gehalten, um die durch den faschistischen Aggressionskrieg der Sowjetunion zugefügten Schäden mindern zu helfen.“

Die Ostdeutschen hatten diesen Krieg nicht allein geführt, zahlten aber zwangsweise für die Westdeutschen mit, weil diese im Kalten Krieg sich ihrer materiellen Verpflichtungen und ihrer moralischen Mitschuld endtätig hatten. Während sie in ihre wirtschaftliche Basis investierten (von 1950 bis 1959 pro Kopf 7400 DM), waren es in der auch einwohnermäßig erheblich kleineren DDR 4560 DM. „Das ist der Hauptgrund dafür, dass wir in der Arbeitsproduktivität und im Lebensstandard so weit hinter Westdeutschland zurückgeblieben sind“, so Ul-

bricht weiter. Dem Hilferuf aus Berlin folgten intensive Gespräche in Moskau. Oft ergebnislos.

Die DDR-Führung hoffte zudem darauf, dass das Gipfeltreffen von US-Präsident Kennedy und Chruschtschow im Juni in Wien eine außenpolitische Lösung bringen könnte. Etwa einen Friedensvertrag mit Deutschland, in dessen Folge die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR stünde – mit allen Konsequenzen. So würde sich vielleicht der Alleinvertretungsanspruch Bonns erledigen, durch den überall auf der Welt jeder Wirtschaftsflüchtling aus der DDR erfolgreich um einen BRD-Pass nachsuchen konnte. Zudem hoffte Ulbricht darauf, dass er mit Hilfe Chruschtschows die vier Mächte bewegen könnte, den Luftverkehr von und nach Berlin ausschließlich über Schönefeld abzuwickeln.

Das Wiener Treffen brachte nicht den in Berlin gewünschten Durchbruch.

Zur Vorbereitung der Sitzung des Führungsgremiums Anfang August 1961 in Moskau forderte Ulbricht in einem Schreiben an Chruschtschow noch einmal auf, „wirksame Maßnahmen zur Unterbindung der Abwerbung“ zu ergreifen. Wenn nichts geschähe, würden 1962 (im Vergleich zu 1960) weitere „mindestens 175.000 qualifizierte Facharbeiter fehlen“. Der Produktionsausfall betrüge bis zu drei Milliarden Mark.

Die weitere Geschichte ist bekannt ...

Graue Eminenz in der Redaktion

Als Geschichtsredakteur schrieb ich regelmäßig an Jahrestagen über den 13. August 1961. Als sich das Ereignis zum 25. Mal jährte, interviewte ich den stellvertretenden Chefredakteur der Jungen Welt Dieter Rothe. Dieser galt nicht nur wegen seines Alters als graue Eminenz in der Redaktion, er war eine moralische Institution und ehrliche Haut. Rothe war am 13. August bei dem Kampfgruppen-Kommando gewesen, das in der Bernauer Straße die Wohnungen an der Grenze leerzog. Sie hätten Bewohner beim Sonntagsfrühstück auffordern müssen, umgehend auszuziehen. „Die Lkw stehen unten bereit, wir helfen beim Möbeltragen.“ Das, so Rothe, sei der beschissenste Parteauftrag seines Lebens gewesen. Politisch zwar klar und logisch, aber menschlich eine Zumutung. Vernunft und Gefühl gingen hier getrennte Wege.

Die Armeerundschauf, das Monatsmagazin der NVA, veröffentlichte meinen Text. Nichts geschah. In einigen Westredaktionen las man Rothes offenerherzige Äußerung und fand diese zitierenwert. So nahm man auch im ZK den Beitrag zur Kenntnis, Rothe wurde einbestellt. Er machte mir nach seinem Anschiss keinen Vorwurf. Es war schließlich wahr, was er gesagt hatte.

Und die Zither? Ich habe sie nie wieder gesehen. Sie wurde vermutlich nach dem Tod von Tante Hertha in den Siebzigerjahren entsorgt.

Frank Schumann ist Verleger des 1990 gegründeten Verlages Edition Ost, gelernter Spezialglasfacharbeiter und Diplom-Journalist. Drei Jahre fuhr er zur See und war, Australien ausgenommen, auch auf allen Kontinenten unterwegs. Meist publiziert er unter seinem Namen, aber gern auch unter einem seiner fünf Pseudonyme.

Auskoppelung des Beitrages mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages.